

Schupp, Jürgen; Wittenberg, Erich

Article

"Politische Kommunikation zum Bürgergeld muss verbessert und die Debatte versachlicht werden": Interview

DIW Wochenbericht

Provided in Cooperation with:

German Institute for Economic Research (DIW Berlin)

Suggested Citation: Schupp, Jürgen; Wittenberg, Erich (2024) : "Politische Kommunikation zum Bürgergeld muss verbessert und die Debatte versachlicht werden": Interview, DIW Wochenbericht, ISSN 1860-8787, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 91, Iss. 17, pp. 260-, https://doi.org/10.18723/diw_wb:2024-17-2

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/294797>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

INTERVIEW



Jürgen Schupp, Wissenschaftler in der
Infrastruktureinrichtung Sozio-oekonomisches
Panel (SOEP) im DIW Berlin

„Politische Kommunikation zum Bürgergeld muss verbessert und die Debatte versachlicht werden“

1. Herr Schupp, Sie haben in Kooperation mit Kollegen der Universität Bochum die Beschäftigten in sieben Jobcentern in Nordrhein-Westfalen nach ihren Erfahrungen mit dem neuen Bürgergeld befragt. Wie fällt die Gesamtbilanz aus?

Die Jobcenterbeschäftigten beurteilen das Bürgergeldgesetz mehrheitlich skeptisch, insofern ermittelten wir eine eher negative Gesamtbilanz, und sie erkennen nur wenige Verbesserungen. Nur knapp jeder fünfte Beschäftigte in den von uns befragten Jobcentern sieht im Bürgergeld wirklich eine Verbesserung, ungefähr die Hälfte bewertet es eher als eine Verschlechterung.

2. Was wurde beispielsweise positiv beurteilt?

Überwiegend Zustimmung finden beispielsweise die neuen Regelungen, um Langzeitarbeitslose mit Coaching-Angeboten den Weg in die Erwerbstätigkeit zu erleichtern. Auch die Erhöhung des Regelsatzes für Kinder in Form des Kinderzuschlags stößt auf hohe Zustimmung, genauso wie die Einführung einer Bagatellgrenze als Mittel zum Bürokratieabbau.

3. Welche Änderungen wurden überwiegend abgelehnt?

Die neue Sanktionspraxis im Bürgergeldgesetz, mit der schrittweise die Leistungen gemindert werden können, ist bei unserer Befragung auf den höchsten Grad an Ablehnung gestoßen. Aber auch die Erhöhung des Regelsatzes für Erwachsene sowie die höheren Freibeträge beim Schonvermögen finden bei den Beschäftigten in Jobcentern mehrheitlich keine Zustimmung.

4. Inwieweit sorgt die Einführung des Bürgergeldes für kontroverse Diskussionen auch zwischen den verschiedenen Abteilungen der Jobcenter?

Wir haben bei der Befragung zwei Gruppen berücksichtigt und unterschieden. Zum einen Beschäftigte der Leistungsgewährung, die vor allem die sozialrechtlichen Ansprüche des Bürgergeldbezugs prüfen und bewilligen, sowie Beschäftigte des Bereiches „Markt und Integration“, deren Tätigkeit vor allem in der regelmäßigen Integrationsarbeit mit den Leistungsberechtigten liegt. Im Saldo fallen die Bewertungen der Beschäftig-

ten der Leistungsgewährung noch etwas skeptischer aus als bei den Mitarbeitenden im Bereich „Markt und Integration“.

5. Wie gut ist die organisatorische Umstellung gelungen?

Die Mitarbeitenden gaben an, dass sie zu 83 Prozent mit den Neuerungen des Bürgergeldgesetzes gut vertraut sind und auch innerhalb der Jobcenter mehrheitlich die neuen Regelungen umfassend erläutert wurden. Seitens der Leistungsberechtigten gehen die Beschäftigten in den Jobcentern davon aus, dass mittlerweile auch eine Mehrheit der Kund*innen mit den neuen Regelungen vertraut ist.

6. Lassen die überwiegend negativen Antworten der Befragten den Rückschluss zu, dass das Bürgergeldgesetz nicht gut gelungen ist?

Eine solche Bilanz wäre sehr voreilig, denn wir haben nur einen kleinen Puzzlestein an Erkenntnissen aus der Perspektive der Beschäftigten von Jobcentern. Das Ziel ist ja, die Erwerbsintegration von Leistungsberechtigten zu verbessern und sie in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ob das gelingt, müssen weitergehende Forschungen zeigen.

7. Wie sollte die Politik auf Ihre Ergebnisse reagieren?

Wir sehen es als dringend geboten, die politische Kommunikation zu verbessern und die Debatte bezüglich des Bürgergeldgesetzes zu versachlichen. Vor allem sollten umfassende Forschungsergebnisse, die derzeit erarbeitet werden, abgewartet werden, bevor neue Reformen des Bürgergeldes oder gar neue Konzepte in die politische Debatte geworfen werden. Gefragt ist jetzt eher eine politische Kommunikation, die die Debatte versachlicht, pragmatisch über die Bedarfslagen der Betroffenen und deren Ansprüche aufklärt und den erst seit wenigen Monaten in Kraft getretenen Umbauprozess erklärt.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf
www.diw.de/interview



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

www.diw.de

Telefon: +49 30 897 89-0 E-Mail: kundenservice@diw.de

91. Jahrgang 24. April 2024

Herausgeber*innen

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.;
Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;
Kristina van Deuverden

Lektorat

Mia Teschner

Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Petra Jasper;
Frederik Schulz-Greve; Sandra Tubik

Gestaltung

Roman Wilhelm; Stefanie Reeg; Eva Kretschmer, DIW Berlin

Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

Der DIW Wochenbericht ist kostenfrei unter www.diw.de/wochenbericht
abrufbar. Abonnieren Sie auch unseren Wochenberichts-Newsletter unter
www.diw.de/wb-anmeldung

ISSN 1860-8787

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an
den Kundenservice des DIW Berlin zulässig (kundenservice@diw.de).